

Nein zur Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe!

Die Wasserversorgung der Bevölkerung darf nicht privaten Profitinteressen unterstellt werden!

ISAV Sozialistische Alternative

November 1997

In Berlin sollen laut Senatsbeschlüssen das gesamte Landesvermögen verkauft und sämtliche öffentliche Einrichtungen und Betriebe in private Rechtsformen (Aktiengesellschaften, GmbHs) und Hände übergehen.

Beschäftigte der Wasserbetriebe haben Verschiebung der geplanten Privatisierung der BWB erkämpft

Die Beschäftigten der Berliner Wasserbetriebe (BWB) haben bereits durch Protestaktionen und Zeitungsanzeigen ihren Widerstand gegen die geplante Privatisierung ihres Betriebes gezeigt und auf die Folgen der Privatisierung aufmerksam gemacht. Die SPD hat sich aufgrund des Druckes der Beschäftigten immerhin dazu verleiten lassen, den Beschluß über den Verkauf der BWB auf ihren nächsten Parteitag Ende des Jahres zu verschieben. Doch aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Wenn sich bis zum Ende dieses Jahres kein größerer Protest der Berliner Bevölkerung und der Beschäftigten gegen die Privatisierung der Wasserversorgung entwickelt, wird dieser Betrieb genauso verschertelt, wie es jetzt schon bei der Stromversorgung (Bewag) passiert ist.

Privatisierung führt zu schlechteren und teureren Dienstleistungen für die Bevölkerung, zu massivem Arbeitsplatzabbau und miserablen Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

In England und Wales wurde die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung bereits 1989 privatisiert. Seitdem sind die Wasserpreise um 67% gestiegen, bis zum Jahr 2000 wird sogar mit einer Verdoppelung der Wasserpreise gerechnet. Im Zuge der umfassenden Privatisierung wurden 68.000 Beschäftigte entlassen. Auch in Berlin droht ein Abbau von 2000 Stellen der derzeit knapp 7000 Stellen der BWB. Für die verbliebene Belegschaft verschärft sich aufgrund der Entlassungen und der Gewinnerorientierung des privaten Unternehmens nach Privatisierungsmaßnahmen der Arbeitsdruck bzw. die Arbeitshetze, werden Arbeitszeiten weiter flexibilisiert und gering bezahlte Teilzeitarbeitsstellen eingerichtet. Eine 100 prozentige Lohnerhöhung gab es in England nach der Privatisierung der Wasserversorgung zwar auch - jedoch nur für die Manager der privatisierten Betriebe, die sich als erste Amtshandlung erst einmal eine Verdoppelung ihres Gehalts genehmigten.

Privatunternehmen sind an keiner umfassenden Versorgung der Bevölkerung interessiert. Dienstleistungen werden nach erfolgter Privatisierung nur noch dort angeboten, wo es sich für den privaten Betreiber lohnt.

So plant dann auch bsw. die Bahn AG Streckenstilllegungen von mindestens 2000 km. In England sind die Betreiber des ebenfalls bereits privatisierten britischen Gasnetzes nur dann zum Anschluß eines Kunden an die Gasleitung verpflichtet, wenn dessen Wohnung höchstens 23 m von einer Hauptgasleitung entfernt liegt.

Privatisierung führt zu einem Anwachsen von bürokratischen Kontrolleinrichtungen. Mehr Bürokratie und Verwaltung kosten mehr Geld. Privatisierung ist daher ineffizient und gefährdet die umfassende Grundversorgung der Bevölkerung und die Umwelt.

In Großbritannien wurde die Privatisierung der Wasserversorgung durch die Errichtung zahlreicher staatlicher Kontrollbehörden begleitet, die dazu dienen sollten, zu starke Preiserhöhungen zu verhindern oder die Einhaltung von Umweltstandards sicherzustellen. Doch auch dieser riesige kostentreibende staatliche Kontrollapparat konnte die Preissteigerungen und Umweltzerstörung nicht verhindern. Bisher sind in England seit der Privatisierung 20 Flüsse ausgetrocknet, da ökologische Gesichtspunkte unzureichend beachtet und die Wasservorräte von den privaten Betreibern rücksichtslos ausgebeutet wurden. Perspektivisch ist daher in diesen inzwischen wasserarmen Gebieten Englands eine umfassende Wasserversorgung nicht mehr gewährleistet. Der Bau von Fernversorgungsleitungen ist den privaten Unternehmern jedoch zu teuer und stellt aus ihrer Sicht lediglich ein betriebswirtschaftliches Kostenrisiko dar. Private Unternehmen nehmen weder Neuinvestitionen vor, noch Instandhaltungsinvestitionen. So sind in England auch die von den privaten Betreibern versprochenen Instandhaltungsinvestitionen blieben bislang ausgeblieben. Allein in Yorkshire versickern daher täglich nach wie vor 2 Mio Liter Wasser durch eine leckgeschlagene Wasserversorgungsleitung.

Die Berliner Wasserbetriebe stellen derzeit noch rund 50 Mio. DM jährlich für Umweltschutzmaßnahmen zur Verfügung. Private Unternehmen werden Gelder kaum freiwillig „für gute Zwecke“ zur Verfügung stellen und damit auf einen Teil ihres Profits verzichten.

Auch die Zahl derjenigen, die aufgrund der Preiserhöhungen infolge der Privatisierung in England und Wales gänzlich von der Wasserversorgung abgeschnitten wurden, weil sie die Wasserpreise nicht mehr zahlen können, hat sich seit 1989 verdreifacht.

Privatisierung bedeutet Enteignung der Berliner Bevölkerung und eine weitere Verschärfung der Haushaltskrise

Durch Privatisierung gehen der Kommune bzw. dem Land Berlin dauerhaft Einnahmen verloren. Gerade die Berliner Wasserbetriebe bringen der Stadt wichtige Einnahmen. Die BWB haben erst kürzlich zur Senkung des Haushaltsdefizits insgesamt 1 Mrd. DM ihres Eigenkapitals an die Landeskasse abgetreten. Ein Verhalten, das man von privaten Unternehmen kaum erwarten dürfte. Außerdem brachten die BWB im letzten Jahr einen Gewinn von 396 Mio. DM in die öffentlichen Kassen. Nach der Privatisierung werden diese Gewinne in privaten Taschen landen und nicht mehr der Stadt Berlin zur Verfügung stehen. Die Haushaltskrise verschärft sich daher nach Privatisierungsmaßnahmen weiter.

Steigende Wasserpreise sind nach der Privatisierung der Wasserversorgung unvermeidlich. Preiserhöhungen sind nur durch die Verhinderung der Privatisierung abwendbar.

Nach der Privatisierung haben die Verbraucher nicht nur die realen Kosten der Wasserversorgung zu zahlen, sondern außerdem die Gewinne der privaten Betreiber sowie Mehrwert- und Umsatzsteuern, die öffentliche Unternehmen nicht zu zahlen haben, da diese nicht der Steuerpflicht unterliegen. Gleichzeitig werden Kreditrückzahlungen einschließlich der Zinszahlungen der privaten Unternehmen auf die Verbraucher abgewälzt werden, da der Kauf von öffentlichen Unternehmen über die Aufnahme von Krediten finanziert wird, und müssen die Kosten für staatliche Kontrollbehörden von der Allgemeinheit bezahlt werden. Außerdem können die privaten Unternehmen, die sich in die Wasserversorgung einkaufen, ihre Verluste aus anderen Unternehmensbereichen bzw. -beteiligungen durch Preiserhöhungen bei der Wasserversorgung, wo bekanntlich eine Zwangsnachfrage besteht, ausgleichen. Damit zahlen die Verbraucher nach einer Privatisierung neben den realen Kosten zusätzlich die Gewinne der privaten Unternehmer, die neuen Abgaben und Steuern, die Zinsen der privaten Kredite, die Verluste aus

anderen Unternehmensbeteiligungen und die Kosten für den neuen Kontroll- und Verwaltungsapparat der Kommunen.

Wir fordern daher:

- Keine Privatisierung der Wasserbetriebe und -versorgung in Berlin
- Kein Verschleß von Öffentlichem Eigentum an private Unternehmen
- Erhalt aller Arbeitsplätze im Öffentlichen Dienst und bei den BWB
- Statt weiterer Bürokratisierung Überführung des öffentlichen Eigentums und der öffentlichen Dienstleistungen unter die demokratische Kontrolle der Beschäftigten und Konsumenten
- Die öffentlichen Dienstleistungen dürfen zur Sicherstellung der umfassenden und bezahlbaren Grundversorgung der Bevölkerung nicht privaten Profitinteressen ausgeliefert werden, sondern müssen in öffentlicher und gemeinwirtschaftlicher Hand verbleiben.
- Statt marktwirtschaftlichem Chaos, Umweltzerstörung und Unterversorgung demokratische Planung der Versorgungsleistungen durch die arbeitende Bevölkerung
- Statt Privatisierung der Profite und Sozialisierung der Verluste: Enteignung aller Großkonzerne, Versicherungen und Banken und deren Überführung in Gemeineigentum unter die demokratische Kontrolle der Beschäftigten

Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative Voran (SAV) kämpft als sozialistische Partei gegen jegliche Privatisierung und für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei. Wir verteidigen die sozialen Errungenschaften der arbeitenden Bevölkerung und treten für eine sozialistische Gesellschaft ein, in der endlich die Bedürfnisse der Bevölkerung im Vordergrund stehen und diese nicht länger privaten Profitinteressen untergeordnet sind. Die SAV steht für eine demokratische Planung der Wirtschaft und Gesellschaft durch die arbeitende Bevölkerung selbst und hat undemokratische Gesellschaftsformen wie in den ehemaligen „sozialistischen“ Staaten des Ostens stets genauso abgelehnt wie die kapitalistischen Wirtschaftssysteme des Westens.

Kommt zu den Ortsgruppentreffen der **SAV**-Berlin:

Tiergarten-Wedding: jeden Mittwoch, 19.00 Uhr im Links-Treff Wedding, Weddingstraße 6
(Nähe U-Bhf. Wedding oder Nauener Platz)

Treptow-Köpenick-Neukölln: jeden Montag, 19.00 Uhr in der alten Feuerwache, Grünauer Str.9
(Nähe S-Bhf. Schöneweide)

Prenzlauer Berg: jeden Montag 19.00 Uhr im Kiezclub, Jablonskistraße 27 A
(Nähe S-Bhf. Prenzlauer Berg)